„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier. Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der "WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"

J. B. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Redakteur.

Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar): Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.

Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Kleine Anzeigen werden nur gegen Vorauszahlung veröffentlicht.

Canada ist den Ver. Staaten überlegen

Amerikanische Anerkennung für canadische Vernunft

Unter der Ueberschrift „Vernunft, die uns not täte", schreibt das deutschamerikanische Blatt, die „New Yorker Staatszeitung" folgendes:

„Diese Canadier sind doch ein recht eigentümliches Volk! Wenn ihnen ein Gesetz nicht mehr paßt, halten sie eine Volksabstimmung ab, um die wahre Volksstimmung zu ermitteln und dann sieht sich das Parlament genötigt, dem Wunsche des Volkes nachzukommen, obwohl es nicht dazu genötigt werden kann. Und das ist wiederum eine Eigentümlichkeit unserer nördlichen Nachbarn: ihre Politiker machen, genau wie die unsrigen, während der Wahlkampagne Versprechungen, und nach der Wahl lösen sie diese Versprechen wirklich ein — worin sie sich allerdings von den meisten unserer Politiker vorteilhaft unterscheiden.

In verschiedenen canadischen Provinzen haben seinerzeit Kandidaten für das Parlament versprochen, im Falle ihrer Erwählung auf eine Volksabstimmung über die Prohibittonsfrage zu dringen. Eine solche Abstimmung ist in Alberta und Saskatchewan vorgenommen worden und wird demnächst auch in der Provinz Ontario stattfinden. Alberta hat kürzlich die knochentrockene Prohibition aufgehoben, nachdem sie einer mehrjährigen Probe unterzogen worden war. Saskatchewan ist nun dem Beispiel Albertas gefolgt. In dieser Provinz war knochentrockene Prohibition seit vier Jahren in Kraft, also lange genug, um das Volk in den Stand zu setzen, sich ein Urteil zu bilden. Und die Bewohner von Saskatchewan haben sich ein Urteil gebildet, das bei der jetzt vorgenommenen Volksabstimmung in einer Weise zum Ausdruck kam, die nicht mißzuverstehen ist: sie haben sich 5 zu 3 gegen knochentrockene Prohibition ausgesprochen.

Wohlgemerkt: es handelt sich nur um knochentrockene Prohibition, nicht um völlige Aufhebung der Prohibition. Den Wählern wurden drei Fragen vorgelegt: 1. Soll Prohibition in Saskatchewan beibehalten werden? 2. Sollen alkoholische Getränke unter Aufsicht der Regierung in versiegelten Paketen verkauft werden? 3. Sollen solche Getränke auch in lizensierten öffentlichen Lokalen verkauft werden dürfen? Die erste und die dritte Frage wurde verneint, die zweite jedoch angenommen. Man sieht also, daß die Bürgerschaft sich zugunsten von Mäßigkeit erklärte. Der Verkauf von geistigen Getränken wird nicht verboten (wenn die Regierung den Wünschen der Wählerschaft nachkommt, woran nicht zu zweifeln ist), sondern unter Regierungskontrolle gestellt, wie das schon in anderen Provinzen der Fall ist, aber der „Saloon", der ja auch bei uns in vielen Fällen gerechtfertigte Berüchtigkeit erlangt hat, wird ausgeschaltet.

Im Oktober wird auch die Provinz Ontario über knochentrockene Prohibition abstimmen und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die dortige Wählerschaft sich für Förderung der Mäßigkeit erklären wird.

Canada hat das Prohibitions-Experiment gemacht und gefunden, daß knochentrockene Prohibition ein Fiasko ist. Aber in Canada hat man den Mut, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, anstatt zu versuchen, sie durch Heuchelei zu verdecken, wie das bei uns geschieht. Canada hebt das Gesetz, das sich nicht bewährt hat, wieder auf, dem Willen und dem Wunsche des Volkes entsprechend, während wir Millionen und Millionen daran wenden, die Durchführung eines Gesetzes zu erzwingen, das sich einfach nicht durchführen läßt, weil das Volk in diesem Gesetz eine Beschränkung seiner persönlichen Freiheit, einen ungerechtfertigten Eingriff in seine Rechte sieht.

Wir haben knochentrockene Prohibition in unserem Grundgesetz festgelegt. Ein Widerruf wäre selbst im günstigsten Falle nicht vor vielen Jahren möglich. Canada hat Prohibition durch eine Parlamentsakte oder durch Gesetze der Provinz-Legislaturen verfügt, die jederzeit nach Wunsch des Volkes aufgehoben oder modifiziert werden können. Seumes Canadier hatte doch recht, als er seinen canadischen Indianer sagen ließ: „Wir Wilden sind doch bessere Menschen!"

Die bolschewistischen Barbaren

Verurteilen die Werke des großen russischen Dichters Tolstoi zum Einstampfen.

Dieser Tage fand in Moskau eine merkwürdige Gerichtsverhandlung statt. Der Angeklagte war niemand anders als der große russische Schriftsteller Leo Tolstoi. In der Rolle des öffentlichen Anklägers trat die Witwe Lenins, die Genossin Krupskaja auf. Als Verteidiger fungierte der Minister des Proletkultes Lunatscharski. Im Auditorium sah man viele proletarische Schriftsteller, unter ihnen Demjan Bedny, Sergej Majakowski, Sergej Jasenin, d'Oor. Nach Verlesung der Anklageschrift und der Akte der Voruntersuchung wurde — da keine Zeugen erschienen waren — das Wort der staatlichen Anklägerin Genossin Krupskaja erteilt.

„Genossen", begann die Witwe Lenins, „der verstorbene Lenin hat mir knapp vor seinem Tode gesagt, daß Tolstoi eine typische Erscheinung der alten Welt war und daß ihm kein Platz in der neuen Welt gebührt. Ich habe die Werke Tolstois durchgelesen und erkläre, daß sie schlechter als Opium wirken; sie sind ganz vom Gifte der Bourgeoisie durchtränkt. In jeder Zeile finden wir kleinbürgerliche Tendenzen. Nehmen wir zum Beispiel „Anna Karenina". Die Heldin dieses Romans ist eine süßliche, ganz in den Vorurteilen der bürgerlichen Moral befangene Kleinbürgerin. Ihr ganzes Leben und Wirken steht im Widerspruche mit den Lehren Lenins und ihr Selbstmord beweist, daß sie sich in ihren Ansichten über die Ehe ganz nach den Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaft richtet. Lewin — der scheinbar der Liebling Tolstois war — ist ein Kleinbürger vom Scheitel bis zur Sohle und seine Anschauungen sind ein Hohn auf Lenins Lehren. Endlich Kitti, die Tolstoi als ideale Frau zeichnet, ist weit von unserem kommunistischen Ideal der Frau entfernt. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo dieser kleinbürgerliche Schriftsteller von unserer proletarischen Kritik des Nimbus entkleidet wird. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir das russische Volk vor dem schädlichen Einflusse Tolstois bewahren und deshalb beantrage ich die Konfiskation der Werke Tolstois, insbesondere aller seiner philosophischen Werke und der Romane „Anna Karenina" und „Auferstehung". Ich hoffe, daß das Gericht einen entsprechenden Beschluß fassen wird."

Die Rede der Krupskaja machte auf das Auditorium einen tiefen Eindruck, dann wurde das Wort dem Verteidiger Lunatscharski erteilt.

„Genossen," sagte der Minister der Volksaufklärung, „ich soll eine Sache verteidigen, die ich nach meinem besten Gewissen nicht zu verteidigen vermag. Ich soll Tolstoi in einem Hause verteidigen, das vom Geiste Lenins erfüllt ist — das ist eine undankbare Aufgabe. Die Vertreterin der öffentlichen Anklage hat vollständig recht: Die Werke Tolstois „Anna Karenina" und „Auferstehung" wurzeln ganz in der bürgerlichen Weltanschauung. Ich begreife vollständig die Empörung der Frau Krupskaja. Es fällt mir nicht ein, Tolstoi freisprechen zu wollen, aber ich bitte das Volksgericht um mildernde Umstände, denn der Angeklagte lebte zur Zeit jener Epoche, in der die Diktatur des Proletariats und ihre Kultur noch unbekannt waren. Leo Tolstoi konnte nicht voraussehen, daß so ein Titan erscheinen wird, der die alte Kultur vernichten und eine neue Geistigkeit — die Kultur des Proletariats — aufbauen wird. Ich bin der Ansicht, man soll Maßregeln gegen das Gift, das aus den Werken Tolstois fließt, treffen und erkläre, daß der schädliche Einfluß seiner Werke eingedämmt werden muß. Wir haben heute bereits unsere eigenen proletarischen Tolstois, Dostojewskis, Turgenjews — ich nenne bloß die Namen Lenin, Bucharin, Sinowiew."

Die Geschworenen zogen sich nun zurück und etwa nach zehn Minuten wurde folgendes Urteil verkündet:

„Lea Nikolajewitsch Tolstoi, ehemaliger zaristischer Offizier und ehemaliger Gutsbesitzer, vor 13 Jahren gestorben, ist schuldig, Druckwerke verbreitet zu haben, die die Anschauungen der Bourgeoisie verherrlichen. Unter Berücksichtigung der Umstände, daß Tolstoi in der Epoche der bürgerlichen Kultur lebte und daß ihm daher die großen Ideen Lenins unbekannt waren, hat das Gericht beschlossen, aus allen öffentlichen und privaten Bibliotheken jene Werke Tolstois, die auf das Volk einen schädlichen Einfluß ausüben könnten, zu entfernen, die Werke zu konfiszieren und einzustampfen. Das eingestampfte Papier soll wieder zu Papier verarbeitet und dieses neue Papier zum Druck der Werke Lenins, Sinowjews, Bucharins verwendet werden. Dieses Urteil ist sofort durchzuführen."

So geschehen zu Moskau. Der Haß der bolschewistischen Machthaber gegen einen der größten Geister der gesamten alten Welt wirkt geradezu lächerlich.

Weltumschau

Deutschland.

Der Minister des Post- und Telegraphenwesens Hoefle erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter, daß Deutschland von der Forderung der Räumung der besetzten Gebiete nicht abgehen könne und daß keine Regierung in Deutschland unter den bestehenden Verhältnissen daran denken könne, vor den Reichstag hinzutreten und die Annahme der zur Durchführung des Dawes-Planes notwendigen Gesetze zu verlangen, ohne die Zusicherung geben zu können, daß die besetzten Zonen unmittelbar nach der Uebernahme der neuen Verpflichtungen durch Deutschland befreit werden. Die Daten, an welchen die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird, müsse von der Londoner Konferenz genau festgesetzt werden. Wenn Deutschland von der Räumung des besetzten Gebietes spreche, so meine es damit selbstverständlich auch die Zurückziehung der französischen und belgischen Truppen. Mit einer von Herriot angedeuteten „Unsichtbarmachung der Besatzung" würde man sich an maßgebenden Stellen nicht zufrieden geben. Auch verlange Deutschland die Reduzierung der sinnlos großen Rheinlandkommission, die in dem betreffenden Uebereinkommen mit den Alliierten in einem solchen Umfang nicht vorgesehen war. Durch die Reduzierung des Personals der Kommission würden deren Rechte nicht beeinträchtigt werden.

Die deutschnationale Partei des Reichstages übersandte der Regierung einen Beschluß, der verlangt, daß Deutschland an der Londoner Konferenz nicht teilnimmt, außer auf gleichem Fuß mit den Alliierten. Die Partei fordert auch, daß von den Franzosen und Belgiern festgehaltene Gefangene sofort freigelassen werden und Verbannte nach den besetzten Gebieten zurückkehren dürfen. Der Beschluß besteht überdies auf Räumung der Ruhr, Zurückgabe deutscher Bahnen und Anerkennung der deutschen Staatshoheit. Deutschland muß Garantien gegen weitere Sanktionen erhalten, die Zeit der Besetzung der Brückenköpfe soll vom 1. Oktober 1920 an berechnet werden. Die Partei wird sich allen Regelungen, die ihre Zustimmung nicht finden, widersetzen.

In amtlichen deutschen Kreisen drückt man besondere Befriedigung darüber aus, daß die amerikanischen und britischen Bankiers, die den Deutschen das Geld leihen wollen, mit dem die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine gebracht werden soll, dem Plan der Franzosen, daß die Reparationskommission im Falle einer Verfehlung Deutschlands nach Belieben „Sanktionen" verordnen und möglicherweise die Franzosen ermächtigen könnte, wie beim Einfall ins Ruhrgebiet, selbständig vorzugehen, durchaus nicht zustimmen. Die Haltung und Stellungnahme der Bankiers entspricht den Ansichten der deutschen Regierung. In amtlichen Kreisen wird mit großem Nachdruck hervorgehoben, daß der gute Wille Deutschlands ein notwendiges Attribut ist, wenn die Anleihe erfolgreich sein soll. Der gute Wille des deutschen Volkes darf aber wohl kaum vorausgesetzt werden, wenn ihm jeden Augenblick von einem parteiischen Tribunal „Sanktionen" auferlegt werden können. Sollte eine deutsche Delegation nach London eingeladen werden, wird sie diesen Punkt besonders klar machen. Eine solche Delegation würde den deutschen Standpunkt mit Entschiedenheit vertreten und nicht bloß ihre Unterschrift auf die punktierte Linie setzen, wie das in Versailles geschah. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß die von den Franzosen aller Welt mit marktschreierischer Propaganda gemachte Mitteilung, daß man den ausgewiesenen Deutschen die Rückkehr in ihre Wohnstätten bedingungslos erlaubt habe, ein reiner Schwindel sei. Die Rückkehrenden müssen sich nicht nur in vielen Fällen um neue Wohnstätten umsehen, sondern es könne auch von einer bedingungslosen Rückkehr der Ausgewiesenen in das altbesetzte deutsche Gebiet nicht die Rede sein. Hierzu ist nämlich die Zustimmung der Rheinlandkommission notwendig und diese wird nur in seltenen Fällen gegeben.

Das Handelsministerium berichtet eine starke Zunahme in der Zahl der Bankerottfälle, namentlich solcher Geschäfte mit unbeschränkter Teilhaberschaft. Die Zahl der Bankerotte war im Monat Juni dreimal so groß wie im Monat Mai. Gleichzeitig meldet das Berliner Arbeitsamt einen beständigen Rückgang im Berliner Arbeitsmarkt. Für die am 19. Juli zu Ende gegangene Woche waren 6000 Beschäftigungslose mehr eingetragen als in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen in Berlin stellt sich auf nahezu 36,000. Eine Meldung aus Dresden besagt, die Textilfabriken im westlichen Sachsen litten unter einem schlimmen Geschäftsrückgang. Die meisten der großen Webereien und Spinnereien sind nicht einmal imstande, die kürzlich eingeführte 24-stündige wöchentliche Arbeitszeit beizubehalten. Mangel an Kredit und an Aufträgen werden hierfür als Ursachen angegeben. Nach den letzten amtlichen Ausweisen sind mehr als 2000 Firmen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, unter der gesetzlich vorgesehenen Geschäftsaufsicht der Regierung.

England.

Die Londoner Konferenz ist in eine schwierige Lage dadurch geraten, daß die englisch-amerikanischen Bankiersgruppen für die vorgeschlagene Anleihe an Deutschland bessere Garantien verlangen. Die Kunde, wonach die Bankiers die Garantien der Konferenzkomitees für ungenügend halten, rief Bestürzung hervor. Thomas Lamont sagte den Premiers, daß die Bankiers sich ohne weit bessere Garantien als die bisher gebotenen auf keine Anleihe für Deutschland einlassen können. Lamont erklärte, daß die Garantien die Räumung der Ruhr einschließen müssen. Die Minister nahmen das Ultimatum mit bitterer Enttäuschung auf. Herriot verhandelte lange mit Lamont und ersuchte ihn, mit Rücksicht auf die französische Stimmung, welche zu dieser Zeit keine Aufgabe des besetzten deutschen Gebiets dulden könne, das Ultimatum in nochmalige Erwägung zu ziehen. Der amerikanische Bankier hörte den Ausführungen aufmerksam zu, erwiderte jedoch, daß eine Anleihe unter den vorgeschlagenen Bedingungen unmöglich sei.

Der weitere Verlauf der alliierten Konferenz hängt von der Aufnahme ab, welche der Bericht des Komitees für Unterlassungen und Sanktionen bei den Weltfinanziers findet. Der Text des Berichts besagt: Der einzige Richter darüber, ob Deutschland sich unter dem Dawes Plan einer Unterlassung schuldig gemacht hat, ist die Entschädigungskommission, durch ein amerikanisches Mitglied vermehrt. Im Falle einer Unterlassung und daraus hervorgehender Strafen steht den Zeichnern der deutschen Anleihen ein Vorzugsanspruch auf das deutsche Staatseigentum zu. Das amerikanische Mitglied der Gutmachungskommission soll von dieser Behörde innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des Protokolls ernannt werden. Im Falle einer Uneinigkeit der Gutmachungskommission soll der zeitweilige Vorsitzende des internationalen Gerichtshofs im Haag die Ernennung vollziehen. Die ernannte Person bekleidet ihr Amt auf fünf Jahre und kann wieder ernannt werden. Falls die Gutmachungskommission Deutschland einer Unterlassung für schuldig erklärt, so müssen die interessierten Regierungen sofort über Art und Mittel der anzuwendenden Strafen beraten.

Kellog, der amerikanische Vertreter, und die belgischen Delegaten bemühten sich die Krisis durch Vermittlungsvorschläge zu beseitigen.

Britische Gelehrte haben eine Bewegung eingeleitet, um die seit dem Kriege bestehende Boykotterung deutscher Kollegen aufzuheben. Professor Hardy, Präsident des Nationalverbandes für wissenschaftliche Arbeiten, hat den Präsidenten der preußischen Akademie der Wissenschaften verständigt, daß der genannte britische Verband in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen habe, in der erklärt wird, daß jene, die den Boykott gegen die Deutschen noch weiter fördern, dem Geiste der Wissenschaft zuwiderhandeln und deren Interessen schädigen. Die Deutschen hoffen, daß die Amerikaner die britische Bewegung, den über die deutschen Gelehrten verhängten Boykott aufzuheben, unterstützen werden.

Rußland.

Nach einem vom Petersburger Gouvernement-Exekutiv-Komitee ausgearbeiteten und der staatlichen Baukommission vorgelegten Plan sind 13 Millionen Dollar erforderlich, um die Stadt Petersburg vor völligem Ruin zu bewahren. Die staatliche Baukommission hat den Plan gebilligt, doch muß das Projekt noch von dem Finanz-Volkskommissariat und dem Rat der Volkskommissäre genehmigt werden, bevor an die Ausführung gedacht werden kann. Man erwartet, daß die Volkskommissare vorläufig nur einen Teil der verlangten Summe bewilligen werden. Die Auslagen für den Wiederaufbau Petersburgs müßten von der Räteregierung selbst getragen werden, da den städtischen Behörden kein Fonds für solche Zwecke zur Verfügung steht. Die Baukommission hält die rasche Inangriffnahme der Arbeiten für unbedingt notwendig, da der Verfall der ehemaligen Hauptstadt des Zarenreiches so weit vorgeschritten ist, daß der Wiederaufbau keinen Aufschub duldet. Der geforderte Betrag stellt nur die Kosten für die notwendigsten Restaurierungsarbeiten dar. Vor allem muß die vollständig verwahrloste Kanalisierung wiederhergestellt werden. Ferner sind die Kais an der Neva und den zahlreichen Kanälen dringend einer umfangreichen Reparatur bedürftig, da die Mauern abbröckeln und teilweise schon eingestürzt sind. Ebenso muß das Straßenpflaster erneuert werden, da viele Straßenzüge für Wagen schon längst nicht mehr fahrbar sind. Endlich sollen die vielen verfallenen Häuser hergestellt, beziehungsweise umgebaut werden. Trotz der sanitätswidrigen Verhältnisse hat infolge der großen Wohnungsnot die Bevölkerung von Petersburg in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach amtlichen Feststellungen um 40,000 zugenommen und beträgt angeblich 1,177,000. Beim letzten Zensus vor dem Kriege im Jahre 1910 zählte Petersburg 1,907,708 Bewohner und unmittelbar vor dem Kriegsausbruch war die Einwohnerzahl auf mehr als zwei Millionen geschätzt worden.

Die amtliche Zeitung „Pravda" sucht der zunehmenden Besorgnis wegen der schlechten Erntenachrichten entgegenzuarbeiten. Sie schreibt, es müsse zugegeben werden, daß in den weiten Gebieten am Unterlauf der Wolga die Lage trostlos sei, doch gelte es jetzt, den Mut nicht zu verlieren. Von einer Wiederholung der Hungersnot von 1921 könne nicht die Rede sein, im schlimmsten Falle würde der von der Mißernte betroffene Flächenraum ein Fünftel der damals von dem Hungerschrecken heimgesuchten Gebiete gleichkommen. Wie ernst das Blatt selbst die Lage ansieht, geht daraus hervor, daß sein ganzer Ton auf eine sehr besorgte Mahnung eingestellt ist, die Ruhe zu bewahren, Charakter zu zeigen und in der Bevölkerung keine Verzweiflungsstimmung aufkommen zu lassen. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Dieser Sommer ist nur eine Prüfung des gesamten Sowjetsystems auf seine Festigkeit."

Inzwischen beginnt die Bevölkerung des Gouvernements Zarizyn, wo seit 75 Tagen kein Regen gefallen ist, aus Angst vor der kommenden Hungersnot abzuwandern. Die dortigen Blätter fordern sofortige Hilfeleistung der Regierung.

Nach einer neuen Verordnung kann die Scheidung einer Ehe unter Zustimmung beider Gatten innerhalb fünf Minuten erledigt werden. Die Gebühr hierfür beträgt bloß 3 Goldrubel. Wenn einer der Gatten dem Scheidungsantrag opponiert, wird eine regelrechte Verhandlung angeordnet. Unter den Scheidungsgründen wird böswilliges Verlassen, religiöser Aberglaube, zu große Frömmigkeit (!), Unverträglichkeit und politische Meinungsverschiedenheit der Gatten genannt. Nach der Scheidung darf ein russischer Bürger oder eine Bürgerin nur dreimal innerhalb eines Jahres heiraten. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat die Zahl der Scheidungen in Rußland im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres um 45 Prozent zugenommen. (Mit dieser Zerrüttung des Ehelebens graben die Bolschewisten dem russischen Volke das Grab. Die amerikanischen Kapitalisten können sich schon heute auf ihre reiche russische Beute freuen.)

Japan

Shigetaka Shiga, einer der bekanntesten Gelehrten Japans, der soeben von einer Reise zurückgekehrt ist, welche ihn entlang der indischen Grenzen und den Hochebenen Arabiens geführt hat, erklärte bei seiner Heimkehr, die Mohammedaner träfen Vorbereitungen, eine Delegation nach Tokio zu entsenden, um Japan zu ersuchen, in einer Liga der asiatischen Nationen die Führung zu übernehmen. In ganz Mittelasien sagte er, greife eine Stimmung, die sich gegen die Weißen richtet, immer mehr um sich. Die Mohammedaner, deren es ungefähr dreihundert Millionen gibt, schreien und rufen und sehnen sich nach einer Liga der Asiaten, mit deren Hilfe sie sich von der Vorherrschaft der Weißen zu befreien hoffen. Sie hoffen, daß Japan die Führung übernehmen wird. Diese Feindschaft gegen die Weißen wird wahrscheinlich schon in allernächster Zukunft sich zu einer Macht auswachsen, die imstande sein wird, den jetzt herrschenden Rassen einen gewaltigen Schlag zu versetzen. Auch hier ist eine derartige Bewegung bereits eingeleitet worden, und gestern haben sich eine Anzahl Japaner zu einer Allasiatischen Liga zusammengeschlossen, welche sich jetzt an die Arbeit machen wird, um Mitglieder in ganz Asien zu sammeln.

Südslawien.

Eine ganz neue Erscheinung in der Politik der Belgrader Regierung gegen das Deutschtum des Banats ist die Ausweisung mißliebiger Deutscher. Bisher war darüber nichts bekannt geworden; nun entnehmen wir den „Torontaler Nachrichten", daß das Belgrader Ministerium des Innern den katholischen Dechantpfarrer Kleitsch aus dem Lande ausgewiesen habe und daß er bereits über die Grenze nach Rumänien geschafft wurde. Diese Ausweisung, hat in Weißkirchen große Aufregung und Entrüstung hervorgerufen, zumal da Pfarrer Kleitsch schon seit Jahren in Weißkirchen tätig war und sich der größten Verehrung erfreute. Angeblich soll die Ausweisung deshalb erfolgt sein, weil sich Kleitsch in letzter Zeit stark mit deutscher Politik befaßte. Diese Begründung ist natürlich ebensowenig stichhaltig wie die jüngst für die Auflösung des Kulturbundes. Pfarrer Kleitsch war einer der führenden Männer in der Kulturbundbewegung des südlichen Banats, einer derjenigen katholischen Geistlichen, die sich von vornherein entschieden auf die Seite des deutschen Volkstums stellten.

In Verbindung mit dem Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts wird gemeldet, daß man sich in einigen Kreisen stark bemüht, die Abhaltung einer neuen Wahl zu dieser Zeit zu verhüten, da man befürchtet, daß dieselbe zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der verschiedenen Parteien führen könnte. König Alexander hat Jovanovitch, den Präsidenten der jugoslawischen Nationalversammlung, beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden. Jovanovitch versucht, ein Koalitionskabinett ohne Paschitsch und Pribichevitch, welche angeblich gegen die Kroaten eingenommen sind, zu bilden; der gegenwärtige Minister des Aeußeren, Nineitch, soll jedoch beibehalten werden. Falls neue Wahlen stattfinden, ist ein bitterer Kampf zu erwarten, da die Opposition mehr Abgeordnete als die Paschitsch-Regierung hat. Die Kommunisten sind bei der Opposition und vermehren mit Hilfe von Moskau die Agitation. Viele Kommunisten sind verhaftet worden.

Rumänien.

Ein neuer Schlag wird gegen das deutsche Schulwesen in Rumänien geführt. Der Unterrichtsminister hat eine Verordnung für die Prüfungen in rumänischer Sprache erlassen, die Lehrer aller Grade der konfessionellen Schulen durchmachen sollen. Die Prüfung ist für alle Lehrer, Professoren und Erzieher an allen privaten, konfessionellen und Minderheitsschulen obligatorisch, von den Kleinkindergärten und Kindergärten bis zu den Lehrerseminaren, Lyzeen und Gymnasien. Sie werden zwischen dem 15. und 31. August abgehalten, und zwar für die Lehrer und Erzieher am Sitze des jeweiligen Schulinspektorats, für die Professoren in Klausenburg, Czernowitz und Kischinew. Es ist ein genaues Programm für die Prüfungen vorgeschrieben, die Beurteilung erfolgt mit den Noten 1 bis 10. Alle Kandidaten mit der Mittelnote unter 6 werden auf ein Jahr zurückgestellt. Man kann sich denken, wie dieser kurz anberaumte Termin auf die Lehreranstalt der deutschen Schulen wirken wird. Hier ist ein Schlag geplant, der geschickt unter der Maske der Staatsinteressen geführt wird, aber weder mit dem Geist noch mit dem Wortlaut der Minderheitsverträge vereinbar ist. Der Widerstand gegen dieses Vorgehen wird kräftig sein.

Dänemark

Kopenhagen ist eine Stadt von 700,000 Einwohnern und hat nur 1000 Polizisten; in ganz Dänemark werden im Jahr durchschnittlich nur drei Kapitalverbrechen ausgeführt. Diese Angaben machte der Polizeikommissär Johann L. Bloch von Kopenhagen, der zum Studium amerikanischer Polizeimethoden nach hier kam. Nach seinen Aussagen ist ferner im Jahre 1880 die letzte Todesstrafe in Dänemark ausgeführt worden. Die Behörden halten lebenslängliche Haft für ein besseres Abschreckungsmittel gegen Verbrechen.

Italien

Die Regierung gedenkt 40 oder 50 große Gebäude, die 20,000 Zimmer enthalten sollen, aufzuführen, um die große Anzahl von Pilgern aufzunehmen, die nächstes Jahr anläßlich des vom Papste proklamierten Heiligen Jahres nach Rom kommen werden. Die neuesten Nachrichten aus allen Teilen der Welt lassen erkennen, daß im Januar wenigstens zwei Millionen Pilger zu erwarten sind.

Mexiko

Bei einem Brand in einem Kinotheater in Vera Cruz wurden zwanzig Kinder zu Tode getrampelt und 17 Personen verletzt. Namentlich auf den Galerien, die mit Kindern gefüllt waren, entstand ein wildes Gedränge.

Brasilien

Die Rebellen in Brasilien verfügen über Streitkräfte in Stärke von annähernd 16,000 Mann. Zu dieser Truppe gehören 4000 Mann Infanterie und 1600 Mann Kavallerie, die in Sao Paulo in Garnison standen und ihre Ausbildung von der französischen Militärmission erhalten hatten. Die Streitmacht der Aufständischen soll vollständig bewaffnet und mit Munition für drei Monate versorgt sein. Weiter besagt die Meldung, daß die Revolutionäre den Rücktritt des Präsidenten Bernards verlangen.

Von der brasilianischen Regierung erhielt „La Nacion" folgende amtliche Mitteilung:

„Die Lage der Rebellen gestaltet sich immer kritischer. Die Lebensmittel-Vorräte in Sao Paulo werden knapp. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Ort wächst mit jedem Tag. Rebellen-Abteilungen versuchten gestern, die Bewegungen der Regierungstruppen zu behindern, und sie unternahmen gegen unsere Mitte zwei Angriffe, die erfolgreich abgeschlagen wurden."

China

Der jugendliche Hsuan Tüng durfte zum erstenmal Peking verlassen, seit er nach seiner Thronentsagung vor 12 Jahren innerhalb der Mauern der verbotenen Stadt gefangen gehalten wird. Er fuhr unlängst nach dem historischen Sommerpalast, dem Schauplatz vieler ausschweifender Hoffeste in den Tagen unmittelbar vor dem Sturz der Mandschus. Mit seiner jungen Gattin wanderte der Prinz Stunden lang unter den Trümmern umher. Ohne die Revolution von 1911 und Errichtung der Republik wäre der Sommerpalast heute Hsuan Tung's Sommerresidenz. Der Palast wurde von der Kaiserinwitwe mit Geldern gebaut, die für den Bau einer Flotte bestimmt waren. Fünfzehn Millionen Taels, damals ungefähr 10 Millionen Dollars in Gold, wurden dort verplempert.

Riesen-Waldbrände in den Weststaaten

52 Personen vermißt.

San Francisco. — 52 Personen, die in verschiedenen Gegenden an der pazifischen Küste, in denen riesige Waldbrände wüten, wohnten, werden vermißt und man befürchtet, daß sie ihr Leben verloren haben. In Kellogg sind 150 Flüchtlinge aus den Bergwerksdistrikten im nördlichen Teil des Staates Idaho eingetroffen. Sie berichteten, daß alle Gebäude beim Nabob-Bergwerk abgebrannt und die Bergwerke „Constitution" und „Highland Imprise" bedroht sind, da der Brand von Pine Creek sich auf die zwölf Meilen weite Strecke ausgebreitet und noch immer nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Im Stevens County, Washington, stehen Baumbestände auf einer acht bis neun Meilen langen Front in Flammen.

Der Forstwart von Missoula, Mont., meldet, daß in jener Gegend in den letzten zwölf Tagen 280 Brände, davon 222 durch Blitzschlag, zum Ausbruch gekommen sind. Ein großer Teil davon konnte noch nicht unterdrückt werden. Im Clearwater Nationalforst wurden 90 Brände gezählt, die alle durch Blitzschlag entstanden waren.

In Washington und in Oregon sind abgesehen von den großen Holzbeständen auch alle Holzfällerlager in den von Bränden ergriffenen Zonen zerstört worden. Die Forstverwaltung im Staate Washington hat an alle größeren Städte in der Nähe der Waldbrände einen Aufruf ergehen lassen, Mannschaften zur Bekämpfung des Feuers zu entsenden. In einigen Fällen, wo Not an Mann war, wurden von der Forstverwaltung Automobilisten in den Dienst gepreßt, um sich an den Löscharbeiten zu beteiligen.

Im Santa Barbara Nationalforst breitet sich der vor einer Woche ausgebrochene Waldbrand immer weiter aus. Auch aus anderen Nationalforsten, wie Klamath, Tahoe und Sierra, werden große Brände gemeldet. Ueber eine Million Acker nationaler Waldungen sind für das Publikum geschlossen worden, um die Feuersgefahr, die seit 20 Jahren nicht so schlimm war, einzuschränken. Die Forstbehörden beabsichtigen die Schließung weiterer Waldungen von zwei Millionen Acker. Die Dürre, welche in vielen Gegenden von Californien und Washington aufgetreten ist, trägt zur Erhöhung der Feuergefahr bei. Flüsse und Bergbäche sind ausgetrocknet.

Die Waldbrände, welche alte Baumbestände verheeren, haben einen Umfang angenommen, wie er bisher nicht erlebt wurde. Im Goose Neck Distrikt sind 8 Millionen Fuß Bauholz vernichtet worden.

In Oregon haben Waldbrände Waldungen und schätzungsweise 10,000 Acker zerstört und einen Schaden von zwei Millionen Dollar verursacht. Auch in Britisch Columbien und in Vancouver wüten Waldbrände. Die ganze Strecke von Jerris Inlet bis Butte Inlet auf der Halbinsel von Britisch Columbien steht in Flammen.

Zwischen Spokane, Wash., und Missouba, Montana, sind nahezu eine Million Leute an den Löscharbeiten beteiligt, aber die Forstwarte erklären, daß noch Tausende von Leuten nötig sind, wenn man die Brände unterdrücken will, bevor sie einen unermeßlichen Schaden anzurichten imstande sind.

— Alles kann nicht auf einmal geschehen. Doch was man nicht wachsen sieht, findet man nach einiger Zeit gewachsen. Der Langsamste, der sein Ziel nur nicht aus den Augen verliert, geht noch immer geschwinder, als der ohne Ziel umherirrt.

Lessing.

— Jeder weiß: das Leben ist ein Kampf. Nicht jeder benutzt die richtigen Waffen: Wahrheit und Treue und als Kriegslist Ehrlichkeit.

— Bei demjenigen kehrt das Glück jeden Tag aufs neue ein, der sich an jedem Tag dankbar dessen erfreut, was er besitzt.

— Es gibt Menschen, die keinen Lärm vertragen können — außer den, den sie selbst machen.

— Es ist das Wesen der Kameradschaft, einen Menschen zu verstehen — nicht nur, ihn zu kennen.